

SVP ist nicht überall gleich aktiv

Harmos Beitrittsverfahren geht mit der Solothurner Abstimmung in seine Endrunde

Am 26. September stimmen die Solothurner über den Beitritt zum Harmos-Konkordat ab. Die SVP zieht tüchtig dagegen ins Feld. Längst nicht in allen Kantonen engagierte sich die Volkspartei gleich aktiv gegen Harmos.

ELISABETH SEIFERT

Mit der Volksabstimmung vom 26. September in den beiden Kantonen Solothurn und Basel-Landschaft geht das Beitrittsverfahren zu Harmos langsam, aber sicher in seine Endrunde. 13 Kantone, die knapp 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung vertreten, haben einem Beitritt bereits zugestimmt. 7 Kantone mit einem Bevölkerungsanteil von gut 17 Prozent sagen Nein. Noch nicht entschieden haben sich – neben Solothurn und Basel-Landschaft – Appenzell Innerrhoden und Obwalden. In den Kantonen Schwyz und Aargau haben die Regierungen von sich aus beschlossen, dem Harmos-Konkordat – zumindest vorderhand – noch nicht beizutreten. Der Kanton Aargau hat aber vor den Sommerferien eine Revision des Schulgesetzes in Auftrag gegeben, das wesentliche Elemente von Harmos enthält.

Vierorts Verzicht auf Referendum

Unter den zustimmenden 13 Kantonen haben in acht die Kantonsparlamente den abschliessenden Entscheid gefällt. Auf ein Referendum verzichtet hat – mit der Ausnahme des zweisprachigen Fribourg – die gesamte Westschweiz und das Tessin. Und damit Landesteile, in denen die Harmos bekämpfende SVP über weniger grosse Zugkraft verfügt – und sich deshalb in einer Volksabstimmung auch nur geringe Chancen ausrechnen durfte. Aber auch in der Deutschschweiz ist die SVP nicht überall gleich aktiv. So hat die Volkspartei auch in Schaffhausen und zuletzt in Basel-Stadt keine Unterschriftensammlung gegen Harmos gestartet. In Basel-Stadt etwa wäre ein Scheitern aus folgenden Gründen absehbar gewesen: Der von der SVP heftig bekämpfte zweijährige obligato-



KINDERGÄRTELER Mit dem Beitritt zu Harmos wird der zweijährige Kindergarten, den heute schon eine grosse Mehrheit der Kinder besucht, obligatorisch. AZ

rische Kindergarten besteht dort schon seit vielen Jahren und zudem nimmt Basel Harmos zum Anlass, die längst fällige – und von allen Kreisen unterstützte – Strukturreform in der Volksschule an die Hand zunehmen.

Eine Volksabstimmung zu Harmos hat bis zur Stunde in insgesamt 12 Kantonen stattgefunden. Aktiv ergriffen worden ist das Referendum in acht Kantonen: St. Gallen, Bern, Fribourg, Luzern, Graubünden, Thurgau, Nidwalden und Zug. An die Urne gerufen wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überdies in Glarus, Zü-

rich, Uri und Appenzell Innerrhoden – hier aber wurde das Harmos-Konkordat von Amtes wegen zur Abstimmung gebracht, entweder aufgrund eines obligatorischen Referendums oder wegen der Mehrheitsverhältnisse im Parlament. In sieben Volksabstimmungen haben die Harmos-Gegner den Sieg davongetragen, mehrheitlich in kleineren und/oder ländlich geprägten Kantonen. Auffallend ist das Nein zu Harmos im Kanton Thurgau, wo das zweijährige Kindergartenobligatorium – eines der Hauptargumente gegen Harmos – längst ein-

BEITRITT ZU HARMOS

Ja zu Harmos sagen bis jetzt 13 Kantone (in der Reihenfolge des Beitritts): Schaffhausen, Glarus, Waadt, Jura, Neuenburg, Wallis, St. Gallen, Zürich, Genf, Tessin, Bern, Fribourg und Basel-Stadt.

Nein zu Harmos sagen bis jetzt 7 Kantone: Luzern, Graubünden, Thurgau, Nidwalden, Uri, Zug und Appenzell Ausserrhoden.

Noch offen ist der Beitritt in 6 Kantonen: Basel-Landschaft, Solothurn, Appenzell Innerrhoden, Obwalden, Aargau und Schwyz. (SZR)

geführt worden ist. In Fribourg, St. Gallen und Zürich hingegen, wo ebenfalls bereits jetzt ein zweijähriges Kindergartenobligatorium besteht, hat das Stimmvolk das Harmos-Konkordat abgelehnt. Ja sagten in einer Volksabstimmung zudem die Kantone Glarus (im Rahmen einer Landsgemeinde) sowie der Kanton Bern.

SVP und EVP gegen den Rest

Wenn das Solothurner Stimmvolk am 26. September über den Beitritt zu Harmos befindet, dann deshalb, weil das für Solothurn neue zweijährige Kindergartenobligatorium eine Verfassungsänderung nötig macht. Verfassungsänderungen aber kommen zwingend vors Volk. Im Parlament sind das Harmos-Konkordat und die entsprechende Verfassungsänderung mit grosser Mehrheit angenommen worden. Dagegen waren die geschlossene SVP und der einzige EVP-Vertreter im Kantonsrat. Die Themen im beginnenden Abstimmungskampf sind die gleichen, wie bereits in der Debatte im Kantonsrat. Die Gegner bekämpfen vor allem das zweijährige Kindergartenobligatorium, das im Kanton noch nicht besteht – wobei auch hier bereits rund 90 Prozent der Kinder den Kindergarten während zweier Jahre besuchen. Weiter führen die Harmos-Gegner ins Feld, dass mit einem Beitritt zum Konkordat die kantonale Autonomie in wichtigen Bildungsfragen aufgegeben werde.

In Baselland kommt es am 26. September zu einem Plebiszit, weil Harmos und die entsprechenden Gesetzesänderungen nicht das nötige Quorum im Parlament gefunden haben. Neben der SVP gehören hier auch Teile der FDP sowie einzelne Grüne zu den Gegnern. Anders als in Solothurn, wo der Beitritt zu Harmos als einzige Neuerung das zweijährige Kindergartenobligatorium mit sich bringt, steht in Baselland – ähnlich wie in Basel-Stadt – eine grössere Strukturreform an. Im Unterschied zum anderen Halbkanton stösst diese Reform hier aber nicht überall auf offene Ohren.

Grundlegende Eckwerte vereinheitlichen

«Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung des Schulwesens im Bereich des Eintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der Anerkennung von Abschlüssen zustande, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.» Diesem Absatz 4 des Bundesverfassungsartikels hat das Solothurner Stimmvolk im Jahr 2006 mit 91 Prozent zugestimmt. Die Antwort der Kan-

tone auf den drohenden Eingriff des Bundes ist das Harmos-Konkordat. Seit 1. August 2009 ist das Konkordat in Kraft, nachdem zehn Kantone ihren Beitritt erklärt hatten. Welche Veränderungen Harmos auslöst, ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. In Solothurn fällt vor allem das zweijährige Kindergarten-Obligatorium ins Gewicht, das bis jetzt nicht besteht. Der Stichtag in den Kindergarten-Eintritt wird zudem um drei Monate

auf den 31. Juli vorverschoben. Die dreijährige Sekundarstufe und die sechs Jahre dauernde Primarschule sind im Kanton Solothurn indes bereits Realität. Für alle Beitrittskantone neu ist die Übernahme von nationalen Bildungszielen und die Anwendung gemeinsamer sprachregionaler Lehrpläne. Die Kantone verpflichten sich zudem dazu, bedarfsgerechte Tagesstrukturen anzubieten, bleiben aber in deren Organisation frei. (ESF)

Breite Solidarität für Ausschaffungshäftling

Kundgebung Auf dem Solothurner Märetplatz demonstrierten 50 Personen für ein Bleiberecht von Boris Awume

ELISABETH SEIFERT

Seit letztem Donnerstag sitzt der 32-jährige Boris Awume aus Togo im Solothurner Untersuchungsgefängnis in Ausschaffungshaft. Heute soll er zurück in seine Heimat geflogen werden (siehe Ausgabe vom Samstag). Dagegen demonstrierten gestern auf dem Märetplatz in Solothurn rund 50 Personen. Organisiert wurde die Kundgebung von der Gewerkschaft Unia, dem Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, der togolischen Gemeinschaft in Solothurn sowie einer Organisation, die sich für die Demokratie in Afrika starkmacht.

Peter Gomm schaltet sich ein

Der junge Togolese hatte im Mai 2006 in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. Im vergangenen Dezember erhielt er dann vom

Bundesverwaltungsgericht den endgültigen Bescheid, dass sein Asylgesuch abgelehnt worden ist. Boris Awume, der im letzten Herbst eine Ausbildung zum Informatiker begonnen und sich in den letzten Jahren in der Region breit vernetzt hat, kämpft seither weiterhin für ein Bleiberecht in der Schweiz. Bis jetzt ohne Erfolg. Die breite Solidarität für Boris Awume zeigt aber erste Früchte. Auf Veranlassung von Peter Gomm, Vorsteher im Departement des Innern, hat die kantonale Migrationsbehörde Boris Awume gestern folgenden Vorschlag unterbreitet: Awume sollte freiwillig nach Togo zurückkehren – und dann auf der Schweizer Botschaft ein Ausbildungsvertrag beantragen. Peter Gomm: «Dadurch könnte er seine in der Schweiz begonnene Ausbildung beenden. Zudem



SCHWARZ UND WEISS Vereint im Kampf für den 32-jährigen Boris Awume. ANDREAS KAUFMANN

würde auch dem Umstand Rechnung getragen, dass er sich in der Schweiz gut integriert hat.» Nach dem Ende der Ausbildung müsste er dann allerdings nach Togo zurückkehren. Boris Awume ist noch gestern

nicht auf diesen Vorschlag eingegangen. Eine weitere Alternative des Kantons liegt gemäss gut orientierten Quellen bereits auf dem Tisch. Bis heute Vormittag muss sich Awume dazu äussern.

Gastautor



CHRISTIAN SCHEUERMEYER

Klare Fakten und FDP-Anspruch

Die Vereinigte Bundesversammlung kann am 22. September 2010 zwei neue Vertreter in den Bundesrat wählen. Ein mediales Thema, das viele Schlagzeilen und Gespräche weit über die Bundeshauskuppel hinaus auslöst! Die Schweiz hat keine Royals mit glänzenden Hochzeiten, Präsidenten, die vom Volk für eine machtvolle Amtsperiode gewählt werden und Schauspieler, die regelmässig in allen Medien weltweit präsent sind. Auch wenn Glanz und Ehrfurcht eines Bundesrates in der Gesellschaft abgenommen haben, sind es nach wie vor die höchsten Vertreter unseres Staates und somit sehr interessante Persönlichkeiten! Schade nur, dass Aufmerksamkeit und Interesse am Bundesrat vom Rücktrittsschreiben eines Mitgliedes bis zu dessen Ersatzwahl am höchsten sind. Der Mensch interessiert sich eben für Menschen und deren Herkunft, Werdegang und Zukunftschancen mehr als für nüchtern-politische Theorien, Strategien und Sachpolitik.

DIE FDP.DIE LIBERALEN wirkt durch sehr viele engagierte und ausgewiesene Persönlichkeiten, die für unser Land und unsere Kantone verantwortungsvolle politische Arbeit verrichten. In allen Kantonen zusammen besetzt die FDP 48 Regierungsräte (CVP 41, SP 31, SVP 19, Grüne 8) und 580 Kantonsräte (SVP 554, CVP 498, SP 446, Grüne 188). Somit stellt die FDP.Die Liberalen auf Stufe Kantone am meisten Mandats- und Amtsträger, also Menschen, die sich für die Gesellschaft und Kantone einsetzen, die ja schliesslich unseren föderalistischen Bundesstaat ausmachen. Diese Mandate und Ämter sind medial fast keine schweizweiten Schlagzeilen wert und werden somit bei den Überlegungen für die Bundesratswahlen nicht mit ins Feld geführt. Für die politischen Mitbewerber kommt dieser Umstand nicht ungelegen, denn gemessen an der Anzahl Regierungsratsämtern und Kantonsratsmandaten gibts keine Zweifel, dass die FDP die stärkste Partei und politische Kraft der Schweiz ist! Auch wenn wir nun diese klaren Fakten nicht in die Waagschale werfen, ist die FDP nach Wählerstimmen auf nationaler Ebene die drittstärkste Partei! Das berechtigt nach bisherigem Konkordanzverständnis zu zwei Bundesratssitzen. Dies wird bei der Ersatzwahl überzeugt eingefordert, denn die FDP hat sich stets dieser Konkordanz verbindlich gezeigt. Zusätzlich wird die FDP ausgesprochen ausgewiesene und breit abgestützte Persönlichkeiten zur Wahl vorschlagen, die dem Bundesrat, wie schon Didier Burkhalter, neuen Schwung, kollegiale Zusammenarbeit und Vertrauen verleihen werden. Dies ist dringend nötig und wird von allen politischen Parteien, aber vor allem auch von den Leuten auf der Strasse, gefordert.

SPEKULATIONEN und die wildesten Theorien sind selbstverständlich spannende Geschichten, die viele Menschen und Parteien interessieren. Es werden von allen Seiten Forderungen gestellt ohne wirkliche Erfolgchancen und das Medieninteresse zur Parteipolitik benützt. Bleiben wir gelassen! Ich bin fest davon überzeugt, dass die stärkste Partei auf Stufe Kantone schon bald einen neuen FDP-Bundesrat oder eine -Bundesrätin in ihren Reihen feiern kann.

Christian Scheuermeyer, Deitingen, Präsident FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn